

**Rede zur Einweihung des Gedenksteins  
„60 Jahre Zwangskollektivierung“  
am 03. Oktober 2020 auf dem  
Landwirtschaftsbetrieb Menger -  
in 99099 Erfurt/Rohda (Haarberg)  
von Präsident Kurt-Henning Klamroth**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Ende 1960 beschloss die SED-Regierung der DDR die völlige Liquidierung des Besitzes von Boden, der in den bäuerlichen Familienbetrieben seine Rechtmäßigkeit hatte.

Eigentlich wollten wir am 25. April 2020 an die Vertreibung, Enteignung und Zwangskollektivierung im 60. Jahr der Erinnerung gedenken, dass haben uns die restriktiven Maßnahmen in Sachen Corona verboten.



Zu einem solchen historischen Ereignis ist es zwingend geboten, einen Blick in die Geschichte zu werfen.

Die gesamte Zerschlagung der privatbäuerlichen Produktion in Deutschland folgt minutiös dem leninschen Genossenschaftsplan, dessen Durchsetzung nur mit unglaublichen menschenverachtenden Maßnahmen möglich war. Zynischerweise hat Walter Ulbricht die Zerschlagung der bäuerlichen bodenständigen Produktion auch noch als „sozialistischen Frühling“ bezeichnet.

Die Enteignungswelle begann mit der sogenannten demokratischen Bodenreform 1945. Mit einer unglaublichen Brutalität wurden Betriebe enteignet, die über 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche hatten.

Doch was im September 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone im brandenburgischen Kyritz von Wilhelm Pieck als Bodenreform ausgerufen wurde, war der Beginn einer Entwicklung, in der es nicht darum ging, historisches Unrecht aufzuheben. Vielmehr war es ein Prozess, an dessen Ende 1960 die völlige Liquidierung des auf den Besitz von Boden begründeten bäuerlichen Familienbetriebes stand. Daher fehlt dieser Bodenreform jegliche historische Rechtmäßigkeit oder Legitimität.

Die Bodenreform war der erste Schritt zur Kollektivierung, indem sie zu hunderten Ne- und Kleinbauernhöfen führte, die wirtschaftlich nicht überlebensfähig waren, aber die Sozialstruktur im Dorf veränderten und faktisch zu einem neuen Landproletariat aus Neubauern führte, für die der Weg in die LPG ab Sommer 1952 die letzte ökonomische Rettung war. Zugleich diente die Bodenreform der SED dazu, im Dorf ein ihr gegenüber loyales Klientel zu schaffen – jedenfalls war dies die Hoffnung der Partei. Und schließlich setzte die SED auch darauf, dass auf diesem Wege im Dorf der Sozialneid der wirtschaftlich schwachen Klein- und Neubauern gegen die wirtschaftlich erfolgreicheren Altbauern politisch genutzt werden konnte. Immerhin standen 1950 den etwa 166.000 Mittel- und Großbauern über 10 Hektar mehr als 450.000 Kleinbauern unter zehn Hektar gegenüber, die nur knapp 43 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bewirtschafteten.

Die Herrscher von damals haben sich neben ihrer Machtausübung auf russische Panzerrohre, vor allem eben auch auf das bewusste Ausnutzen menschlicher Schwächen bezogen - des

Schüren von Hass, Neid, Missgunst; es wurde denunziert und verleumdet und in der Folge nicht selten geplündert. Viele der betroffenen Bauern gingen in den Freitod und andere flohen mit ihren Familien in den Westen. Die überwiegende Anzahl aber beugte sich der Übermacht und getreu den leninschen Grundprinzipien zur Kollektivierung der Landwirtschaft kam es zur direkten Proletarisierung der Bauernschaft.

Und so begann ab 1948 die zweite Phase – der Klassenkampf gegen die Großbauern (**über 10 ha**) – analog zum Kampf gegen die so genannten Kulaken in der Sowjetunion. Zum zentralen Instrument wurde ab 1948 die Justiz, die Tausende Prozesse gegen Großbauern mit dem Ziel der Enteignung unter dem Vorwurf führte, das von ihnen geforderte besonders hohe Ablieferungssoll nicht erfüllt zu haben.

Die Justiz wurde zum „Hebel der gesellschaftlichen Umwälzung“.

Flankiert wurde diese Agrarpolitik, die im Kern allerdings nicht Agrar- sondern sozialistische Gesellschaftspolitik war, durch vielfältige Einschränkungen bei der Ausstattung mit Betriebsmitteln und durch ständige Erhöhungen des Ablieferungssolls mit dem Ziel, Großbauern die Erfüllung der Ablieferungspflichten unmöglich zu machen.

Allein in den zwölf Monaten vom Juli 1952 bis Juni 1953 ließen über 15.000 Bauern Haus und Hof zurück und flüchteten in die Bundesrepublik.

Dieser totale soziale Krieg, den die SED seit der 2. Parteikonferenz im Juli 1952 in gleicher Schärfe auch gegen mittelständische Unternehmer und Gewerbetreibende im gesamten Land anzettelte und schließlich auch die Arbeiter mit der Drohung von Normerhöhungen traf, führte zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953.

In diesen Tagen kam es in der Tat zu jenem Bündnis von Arbeitern und Bauern, von dem die SED-Propaganda seit Jahren geschwärmt hatte, allerdings unter anderen Vorzeichen. Denn nicht nur in den Großstädten, sondern gerade auch in vielen Dörfern und ländlichen Regionen kam es zu Revolten und Demonstrationen gegen die Regierung.

Viele LPGen lösten sich nach dem 17. Juni wieder auf – die SED bot den Bauern einen Burgfrieden an. Enteignet und in die Bundesrepublik geflohenen Bauern wurde das Angebot gemacht, ihre Höfe wieder zu übernehmen.

Doch nur wenige nahmen dieses Angebot an. Nach einigen Jahren relativer Ruhe wurde der Kollektivierungskurs ab Ende 1958 wieder verschärft.

Erneut war es der Vorwurf, dass die selbstständigen Bauern ihr Ablieferungssoll nicht erfüllen würden, der herangezogen wurde, um in gerichtlichem Verfahren Bauern zu enteignen oder vor die Alternative zu stellen „Zuchthaus oder LPG-Eintritt“. Dabei tat die SED alles nur denkbare, um bäuerlichen Betrieben die Erfüllung des Ablieferungssolls unmöglich zu machen.

Es wiederholte sich also die Praxis aus den Jahren vor dem 17. Juni 1953. Das Regime entzog selbstständigen Bauern nach und nach die Arbeitsmittel, um dann die Überlebensversuche als moralisch und

strafrechtlich verwerfliche Verbrechen auszugeben und mit Haftstrafen verfolgen zu können.

Der Erfolg der neuen Kollektivierungskampagne schlug sich unmittelbar im Anstieg der Republikflucht ab 1959 nieder.

Bei Bauernprozessen wurde nicht einmal davor zurückgeschreckt, mit gefälschten Protokollen Vorwände für eine Verurteilung zu konstruieren: Z.B. dem Bauern Alfred Heiland aus Mose bei Magdeburg etwa wurde 1960 vorgeworfen, dass bei der Hausdurchsuchung versteckte

Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg gefunden worden seien. In seiner Stasi-Akte konnte Heiland 1993 zwei Hausdurchsuchungsprotokolle finden, beide vom selben Tag, beide unterzeichnet vom selben Volkspolizisten: In dem einen Protokoll ist ein Waffenfund verzeichnet, im anderen Protokoll ist von Waffen mit keinem Wort die Rede.

Die Urteilsbegründung für 2,5 Jahre Zuchthaus für meinen Großvater lautete :Er sei ein Freund der Adenauerqulike.

Als der bis dahin aufgebaute Druck immer noch nicht ausreichte, um alle Mittel- und Großbauern zur Aufgabe zu zwingen, schritt die SED daher im Frühjahr 1960 zum finalen Kampf. Zehn-tausende sogenannter Agitatoren zogen in die Dörfer, um eintrittsunwillige Bauern zum Eintritt in die LPG zu bewegen.

Übrigens, wir kennen zumindest einen der im Bauernverband trotzdem eine präsidiale Verantwortung viele Jahre hatte.

In manchen Dörfern marschierten die sogenannten „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ mit Lautsprecherwagen auf, um der Forderung nach LPG-Eintritt Nachdruck zu verschaffen.

Bauern und selbst Landarbeiter wehrten sich weiter: Im Bericht der Deutschen Volkspolizei zur Lage der Landwirtschaft vom 5. Juli 1960 ist von zahlreichen Beschädigungen landwirtschaftlicher Geräte und beachtlichen Viehverendungen die Rede: „Die staatsgefährdenden Delikte, die sich unmittelbar gegen die sozialistische Entwicklung der Landwirtschaft richten, sind in den Monaten März und April 1960 gegenüber den Monaten Januar und Februar 1960 stark angestiegen.“ In ihrer Verzweiflung schritten manche Bauern sogar zum Selbstmord, wie das Ministerium für Staatssicherheit beobachtete, um zugleich wortreich dem jeweiligen Einzelfall individuelle Probleme zuzuordnen.

Die Kollektivierung der Menschen im ländlichen Raum war mit der Kollektivierung des Bodens allerdings längst nicht vollzogen. So finden wir in den Akten der SED eine Vielzahl an Berichten über

Produktionsgenossenschaften, aus denen die Mitglieder wieder austraten, und über andere Formen ländlichen Widerstands.

So berichtet etwa die Bezirksleitung Dresden im Juli 1961 von verstärkten Austrittserklärungen: 478 Bauern, vor allem in den Landkreisen Löbau, Zittau, Bautzen und Kamenz, hätten die Genossenschaft wieder verlassen.

Dabei wurden teils republikfeindliche Losungen verbreitet, zum Beispiel diese: „Wir machen jetzt LPG Typ IV, der Bauer im Westen, die Felder bleiben hier.“

Ein weiterer gängiger Slogan war

**Unser Land habt Ihr - uns habt Ihr noch lange nicht**

Alle demokratischen Kräfte der alten Bundesrepublik kritisierten diese Brutalität auf das Schärfste:

Der Deutsche Bundestag, 3. Wahlperiode, nahm in der 108. Sitzung (stenographischer Bericht) am Mittwoch, dem 6. April 1960 dazu in eindeutiger Weise Stellung.

Der amtierende Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Carlo Schmid (SPD) erklärte vor dem Eintritt in die Tagesordnung: „ .... Drüben, jenseits des Eisernen Vorhanges geht jetzt ein neues Bauerlegen zu Ende. Man sagt dem Betroffenen, man sagt uns, was getan werde, geschehe aus wirtschaftlichen Gründen, es sein ein Stück Rationalisierung der Landwirtschaft. In Wirklichkeit handelt es sich um etwas ganz anderes ... .

Denn die hier ihre Höfe verlieren, bringen kein freiwilliges Opfer für das Gemeinwohl, das den Menschen erhöht, sondern werden schlicht erpresst.

Das Böseste daran aber ist, dass man so tut, als freuten sie sich über die neue Ordnung. Zur Gewalt fügt man die Lüge, und man will das Volk zwingen, diese Lüge für die Wahrheit zu halten. Was hier geschieht, erfüllt uns alle mit Trauer, denn es stirbt am Baume unseres Volkes ein wichtiger Zweig ab ...“.

Für die Bundesregierung erklärte Bundesminister Ernst Lemmer (Mitbegründer der Ost-CDU): „Wenn das Regime Ulbrichts glaubt ... dass wir entmutigt werden müssten, die Sache der deutschen Wiedervereinigung noch zu verfolgen ... so darf ich abschließend für die Bundesregierung ... erklären, dass diese Barrieren hinweggefegt werden an dem Tage, an dem wir Deutschen endlich von dem Recht der Selbstbestimmung werden Gebrauch machen können.“ Das Protokoll verzeichnet „Allgemeiner lebhafter Beifall“.

Der legendäre Edmund Rehwinkel Präsident des deutschen Bauernverbandes erklärte .....

„Beide Politiker haben ausgesprochen, was der sehnlichste Wunsch vieler Kinder der zwangskollektivierten mitteldeutschen Bauern war, nämlich wieder als freier Bauer auf freier Scholle eigenverantwortlich zu wirtschaften und natürlich war auch der Wunsch nach einer zumindest teilweisen Wiedergutmachung des erlitten Unrechts vorhanden.“

Davon ist im Handeln nach der Wende durch den DBV fast nichts zu spüren gewesen, eher das Gegenteil.

Baron Heereman hat mir einmal auf einer Versammlung an den Kopf geworfen, er habe nichts dagegen, wenn jemand auf seiner Weste einen roten Fleck habe -großer Applaus der Anwesenden Funktionäre.

Ich habe ihm geantwortet, ich auch nicht,- aber ich habe was gegen rote Westen, -du davon ist der Saal hier voll!

Heute, 30 Jahre nach der Wiedervereinigung hat sich bei vielen Kollegen Frustration breit gemacht. Zu opportunistisch und feige waren viele Politiker aus den alten Ländern. Sie verziehen Dinge ehemaligen SED-Bonzen, die sie gar nicht zu verzeihen hatten, weil Sie gar nicht betroffen waren, schlimmer noch Sie ließen zu, dass sich alte und neue Seilschaften bildeten und die wahrscheinlich größte private Landverschiebung seit der Völkerwanderung auf dem Gebiet der ehemaligen DDR vorstättengeht.

Diejenigen, die rechtzeitig den Sprung in die eigene Selbstständigkeit gewagt haben, die mit Mut und Beharrlichkeit, und oftmals auch unter kräftiger zu Hilfenahme der Ellenbogen ihre Betrieb wieder aufgebaut haben, können in der großen Mehrzahl heute auf wirtschaftlich gesunde landwirtschaftliche Betriebe stolz sein.

Das soll auch ein Trost für die noch Lebenden der von der Zwangskollektivierung unmittelbar betroffenen sein.

Bleibt die Hoffnung, dass die zur Zeit allorts stattfindenden Diskussion über das wirkliche Sein der angeblich bewahrenswerten sozialistischen Landwirtschaft nun endlich auch den verantwortlichen Politikern und Beamten klar werden lässt, dass Sie aufhören müssen in ihren Fehlern aus der Vergangenheit fortzufahren, sondern mit Mut und Zivilcourage die wirklich anstehenden Probleme in der weiteren Umstrukturierung der mitteldeutschen Landwirtschaft anzufassen.

Ein Denkmal, das sind wir unseren Vätern und Großvätern schuldig. Darüber waren wir uns alle einig, als wir im Vorstand des Deutschen Bauernbundes darüber berieten, wie wir mit dem 50. Jahrestag des 25. April 1960 umgehen sollten – jenes Tages, an dem SED-Generalsekretär Walter Ulbricht den so genannten Sozialistischen Frühling auf dem Lande, die Zwangskollektivierung von rund 400.000 bis dahin freien Bauern in der DDR, für abgeschlossen erklärte.

Neben den allgemeinen Problemen, die der Landwirtschaft aus linksgrüner Agrarpolitik zur Zeit aufoktroziert werden und die ihre Ursachen eben nicht in einer wissenschaftlich begründeten Notwendigkeit haben, müssen sich die Betriebe in den neuen Ländern nach wie vor mit den Folgen der zumindest zu 50 % falschen Agrarpolitik der neuen Länder auseinandersetzen.

Die gesamte Problematik im Grundstückverkehr und das Schachern von Betriebsteilen an Kapitalanleger hätte es eben unter einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft gar nicht gegeben.

Die ländlichen Räume hätten sich heute nicht mit agrarindustriellen Großbetrieben herumschlagen müssen, wo wenige Vorstandsherren nicht nur über die Landwirtschaft von etlichen Dörfern herrschen und denen auch noch über die 1.000 Hektar im Eigentum stehen – was der gesamten Fläche eines Dorfes entspricht.

Wie pervers war das Festhalten an der Bodenreform nach 1945 bei einer Enteignungsgrenze von 100 Hektaren, wenn heute noch solche Strukturen gefördert werden.

Wie wollen unsere politischen Granden es eigentlich rechtfertigen, dass sich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nach 1990 ein neues Junkertum mit Gutsflächen von bis zu 6.000 Hektar entwickelt hat. Zwar sind diese neuen Gutsbesitzer keine adligen Ritter mehr – wohl aber vielfach Genossen oder deren Nachkommen aus der Agrar-Nomenklatur der SED, die sich diese Flächen im Prozess der Auflösung der LPGen zusammengerafft haben, um das Wort zusammengeraubt zu vermeiden. Bauern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen – darum ging es der KPD, der SED und der heutigen Nachfolgepartei nicht.

Den einzelbäuerlichen Betrieben könnte die undemokratische Struktur in diesen Betrieben eigentlich egal sein, darf sie in Praxis aber nicht, weil diese Strukturen, gleich einem Totkranken der am Tropf hängt mit immer neuer Liquidität und nicht aus Rentabilität am Leben gehalten werden.

Ich erinnere nur an die Entschuldung der LPG-Nachfolgeunternehmen mit 3,2 Mrd. Euro für getätigte produktionsrelevante Investitionen,

an die Bilanzmanipulationen bei der Vermögensauseinandersetzung, deren wirtschaftlicher Vorteil mit rund 2.500 € je bewirtschafteten Hektar nach wie vor zu Buche steht.

Trotzdem hat es die bäuerliche Landwirtschaft geschafft, sich gegen diese Wettbewerbsbenachteiligung zu behaupten. Es muss aber sofort aufhören, dass den berechtigten Unterstützungen für die einzelbäuerlichen Betriebe nur dann entsprochen wird, wenn sie den Interessen der LPG-Nachfolgebetriebe nicht entgegenstehen.